



**Eine andere Welt ist möglich!
Eine sozialistische Welt ist nötig!**



Innenpolitik

Demokratische Rechte sind unter Beschuss – und zwar nicht nur von rechts.

Seite 3



Schwerpunkt

Führt der Zoll- und Wirtschaftskrieg direkt in den 3. Weltkrieg?

Seiten 5 und 6

Babler: Eine negative Bilanz

Kämpferische Forderungen getauscht gegen Sitz in Kürzungskoalition

Vor zwei Jahren ist Andreas Babler mit dem Anspruch, die SPÖ wieder zu einer Arbeiter*innen-Partei zu machen, gestartet. Er hat vieles richtig thematisiert, was in der Gesellschaft und der SPÖ in den letzten Jahrzehnten falsch gelaufen ist.

Von Albert Kropf, SO Wien

Plötzlich wurde wieder über Umverteilung, Steuergerechtigkeit für normale Menschen, Arbeitszeit und selbst Marxismus öffentlich gesprochen. Bei Bildung und Gesundheit ging es nicht darum, wo gekürzt, sondern ausgebaut werden sollte. Damit hat er vielen Menschen aus dem Herzen gesprochen. Binnen weniger Wochen sind über 10.000 Menschen wieder der SPÖ beigetreten, ein Schub wie seit den 1970er Jahren nicht mehr! Die Partei des Stillstands und Verwaltens hatte plötzlich wieder eine Perspektive für die Vielen.

Aber Babler war nicht der einzige und auch nicht der erste: Sanders in den USA, Melenchon in Frankreich, die Linke in Deutschland oder Corbyn in Großbritannien. Überall zeigt sich, wie wichtig es ist über den eigenen und den kapitalistischen Tellerrand zu sehen und sich auch international zu vernetzen. Sanders und Corbyn waren bei Bablers Start bereits gescheitert und von der jeweiligen Parteibürokratie gestürzt bzw. mundtot gemacht worden. Aber gerade daraus hätte Babler wichtige Lehren ziehen können. Beide hatten es verabsäumt, ihre Kandidaturen auch organisatorisch mit breiten Kampagnen abzusichern. Sie haben sich stattdessen auf die existierenden Parteistrukturen verlassen. Babler wiederholte das...

KPÖ & Babler haben Potential gezeigt

Fast gleichzeitig mit Babler fand auch ein rasanter Aufstieg der KPÖ statt. Bei Umfragen erreichte sie zeitweise knapp 8%. In der Stadt Salzburg unterlag sie erst in der Stichwahl um den Bürgermeistersessel, in Innsbruck gelang der Einzug in den Gemeinderat. In Graz hält die KPÖ ja schon seit 2022 das Bürgermeisterinnenamt. Babler 2020 und die



KPÖ zeigen das enorme Potential, dass es für eine echte linke, eine kämpferische und sozialistische Alternative gibt. Doch dieses Potential wurde nicht ausgeschöpft. Babler ist gescheitert, die Entwicklung der KPÖ ist noch offen. Babler hat darauf verzichtet, eine breite Kampagne mit eigenen Strukturen und Einbindung der Betroffenen auf die Füße zu stellen und damit neue Schichten anzusprechen. Das wäre eine gute Möglichkeit gewesen, eine stabile Basis aufzubauen. Babler hätte damit einerseits seine Position unabhängig von der Parteibürokratie stärken können. Und andererseits Menschen, die (aus gutem Grund) nicht bereit waren, in die wenig attraktiven Strukturen der SPÖ einzutreten an sich und sein Programm zu binden. Das hätte nicht nur auch Druck auf die Gewerkschaften gemacht sich zu beteiligen, sondern wahrscheinlich auch viele Wähler*innen der FPÖ angesprochen und aus diesem Dunstkreis wieder herausgeholt. Das Potential dafür war da.

Babler ohne Basis

Heute, zwei Jahre später, müssen wir sagen, dass das Projekt Babler auf volle Länge gescheitert ist. Babler hat zwar die SPÖ wieder in die Regierung und an viele Posten gebracht, aber mit dem schlechtesten Ergebnis und als Juniorpartner zwischen ÖVP und NEOS im „Schwitzkasten“. Im Regierungsprogramm findet sich viel von ÖVP, NEOS und auch der FPÖ. Dass von FPÖ und ÖVP ausverhandelte Sparpaket wurde

weitgehend übernommen. Auch in der Flüchtlings- und Migrationspolitik ist die FPÖ-Handschrift zu erkennen. Die Kürzungen, die Babler jetzt zu verantworten hat, spielen außerdem der FPÖ in die Hände, die sagen kann: Schaut her, was die Linken machen. Von Bablers Forderungen von vor zwei Jahren ist außer symbolischer Überschriften kaum was übrig. Wie schon Rendi-Wagner ist Babler jetzt ein Kompromisskandidat ohne eigenen Spielraum und Parteibasis. Die Euphorie unter Teilen der Arbeitenden und der Gewerkschaftsbasis von vor zwei Jahren ist völlig verflogen. Ein Großteil der neu eingetreten ist schon wieder weg. Babler und seine Berater*innen haben seinem Programm und seiner Kandidatur keine organisatorische Basis gegeben, um die Partei nicht zu spalten. Nun hat die Parteibürokratie ihn von seinen ehemaligen Unterstützer*innen abgespalten. Babler ist eine weitere vertane Chance auf dem Weg, eine neue Arbeiter*innenpartei aufzubauen. Das Positive ist, dass bei jedem Versuch Erfahrungen gesammelt werden. Aus denen müssen wir lernen: ein neues Projekt muss v.a. konsequent sein, es darf den Blick auf die „großen“ Zusammenhänge nicht verlieren um sich mit faulen Kompromissen oder kleinen Verbesserungen zu begnügen, es muss an konkreten Kämpfen ansetzen und sich eine echte Basis von Aktivist*innen aufbauen. Dann wirds auch was, mit der neuen Arbeiter*innenpartei.

Wirtschaftskrise = Demokratieabbau

Demokratische Rechte verteidigen braucht Klassenkampf

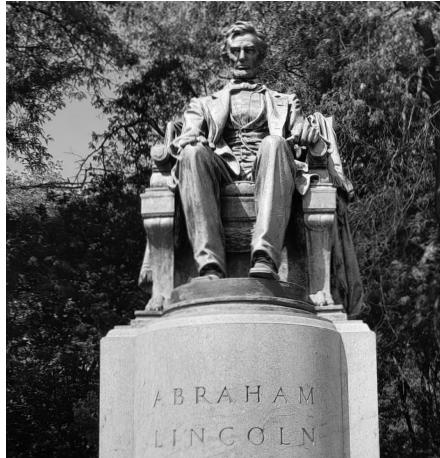
50.000 demonstrierten Anfang des Jahres in Wien gegen einen drohenden Kanzler Kickl. Auch in Deutschland gab es 2024 in zahlreichen Städten Massendemonstrationen gegen die rechts-extreme AfD mit mehr als 100.000 Teilnehmer*innen. Zu Recht, denn die Rechtspopulist*innen und Rechtsextremen stehen für Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus und generell für den Abbau demokratischer Rechte. Trotzdem befinden sich solche Kräfte bei Wahlen im Aufstieg.

Von Gerhard Ziegler, SO Linz

Das kommt nicht von ungefähr. Der kapitalistische Parlamentarismus ist nur formal demokratisch. Wir können bei Wahlen unser Kreuz setzen. Dann handeln die Gewählten bis zur nächsten Wahl nach Partei- und Lobbyinteressen - ohne Rechenschaft gegenüber ihren Wählern*innen.

Seit 2007/8 führen massive Überkapazitäten zu immer längeren Perioden des Abschwungs, nur durch kurze Aufschwünge unterbrochen. Protektionismus und Strafzölle zum Schutz der eigenen Wirtschaft verschärfen die Krise. Zur Absicherung ihrer Profite drücken Unternehmen Löhne und senken Produktionskosten (u.a. durch Stellenabbau). Sie können sich keine Proteste und Streiks, keine zu teuren Sozialleistungen und schon gar keine Zugeständnisse leisten. Demokratische Rechte werden immer hinderlicher.

Während Pierer, Wolf & Co fette Divi-



denden einstreifen, werden Arbeiter*innen bei KTM, Steyr Automotive usw. entlassen und Betriebe in die Insolvenz geschickt. Als Ergebnis geht die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander. Das wird als "normal" verkauft und als "Recht" von jenen, denen Aktien und Unternehmen gehören.

Nicht nur die Rechten - alle bürgerlichen Parteien (konservativ, liberal, grün bis sozialdemokratisch) machen in der einen oder anderen Form Politik für "die Wirtschaft", also die kapitalistische Klasse. Das bedeutet Sparprogramme für die Beschäftigten, Kürzungen bei Bildung und Sozialem sowie Aufrüstung. Sie umgehen demokratische Rechte oder beschränken sie, wenn es ihnen nötig erscheint (siehe Kasten).

Demokratische und soziale Rechte sind also eng miteinander verknüpft. Der Demokratiemonitor für Österreich zeigt klar: Während sich 56 % des oberen Einkommensdrittels im politischen

System gut vertreten fühlen, sind es im unteren Drittel bloß 19 % - und 61 % wollen einen Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten. Fast 80% der Jugendlichen vertrauen "der Politik" nicht oder wenig - u.a. auch wegen der Erfahrung, dass ihnen z.B. im undemokratischen System Schule von oben "erklärt" wird und sie wiedergeben müssen, was Demokratie angeblich ist. Ihre Ablehnung von "Demokratie" bedeutet keine Unterstützung eines "starken Mannes" sondern Ablehnung eines Systems, in dem Demokratie kaum wirklich existiert.

Doch individueller Protest wie Schimpfen, ungültig, nicht oder Protest wählen (= meist rechts), oder angewiedert ein "kleineres Übel" wählen, bringen keine Änderung zum Positiven. Wir brauchen eine Alternative auf politischer und gewerkschaftlicher Ebene (siehe Seite 4).

Auch im Betrieb müssen Gewerkschaften Angriffe wie aufs Streikrecht (in Österreich beim deutschen Autozulieferer ZF) durch konsequente Mobilisierung bekämpfen. Echte Demokratie bedeutet z.B. dass die Beschäftigten, die alles am Laufen halten, entscheiden, wer gehen muss (der/die Chef*in?) und wie/ was produziert wird. Dazu brauchen wir andere Gewerkschaften - kämpferisch und demokratisch organisiert. In die Erstellung von Forderungen müssen die Mitglieder eingebunden werden. Und nur die Streikenden können durch Urabstimmungen einen Streik beenden. Daraum rein in die Gewerkschaften, zusammenhelfen und gemeinsam für den notwendigen Kurswechsel kämpfen!

Der tägliche Demokratieabbau durch "demokratische" Regierungen

Macron, liberaler Präsident Frankreichs, regiert seit Jahren mit Dekreten am Parlament vorbei, wo er keine Mehrheit mehr hat.

In Deutschland beschloss "die bürgerliche Mitte" Milliardeninvestitionen für Aufrüstung mit einem parlamentarischen Trick: Ohne Verfassungsmehrheit im neu gewählten Bundestag wurde der Beschluss nach der Zusammensetzung im alten Bundestag gefällt.

Joe Biden (USA) verbot per Dekret

einen Streik der Eisenbahner*innen um bessere Arbeitsbedingungen, indem er sich auf ein von Trump 1 beschlossenes Anti-Streik-Gesetz stützte.

In Australien setzte die Labour-Regierung 2024 die Gewerkschaft der Bauarbeiter*innen unter staatliche Aufsicht, um eine kämpferische Streikbewegung abzuwürgen.

In vielen Ländern müssen Streikwillige Schlichtungsstellen oder hohe Mindestzustimmungsraten bei Streikabstimmungen passieren, um legal einen

Streik ausrufen zu dürfen. Streikende werden oft durch Einsatz von Streikbrecher*innen, Polizeirepression, gerichtlichen Verboten und Verhaftungen oder Entlassungen bekämpft.

Auch das Demonstrationsrecht wird zunehmend in Frage gestellt. Begonnen wird u.a. bei Pro-Palästina-Demos, andere werden folgen. U.a. wollte der Linzer Ex-SP-Bürgermeister Luger Demonstrationen in der Innenstadt verbieten, um Geschäftsleute dort vor "Geschäftsstörung" zu schützen. Auch in anderen Städten gab es immer wieder ähnliche "Ideen".

ÖGB: Kämpfen statt Verschlechterungen absegnen!

Stillhalten schwächt die FPÖ nicht - eine neue Arbeiter*innenpartei ist nötig.

Diese Regierung ist angetreten als Versuch der Quadratur des Kreises: Sie will die FPÖ ausbremsen und macht doch genau die Politik, die die FPÖ stark macht.

Von Laura Rafetseder, SO Wien

Das zeigt einmal mehr, dass der Versuch, die gegensätzlichen Interessen zwischen Beschäftigten und Unternehmen "sozialpartnerschaftlich" zu lösen, besonders in Zeiten der Krise nach hinten losgeht.

Der Teufel liegt im Detail

Die Krone titelt am 26. März: "Pensionisten sollen 3 Milliarden Euro sparen! So will die Regierung das Budgetloch stopfen". Bei der Korridorpension sollen 2,9 Milliarden Euro bis 2031 eingespart werden. Als erster Schritt bei Verschlechterungen beim Arbeitslosengeld fällt der geringfügige Zuverdienst. Die Anhebung des Pensionsalters ist spätestens 2030 wieder am Tisch. Lohnnebenkostensenkung ist erklärtes Ziel der Regierung. Die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionist*innen soll jährlich 320 Millionen Euro bringen. Die Ministerien sollen 15% einsparen. Das "Investitionsprogramm" ist mickrig, die Mittel fürs AMS nur kurzfristig. Vorgesehen sind außerdem eine Teilarbeitsfähigkeit (= krank arbeiten), Aufweichungen beim Berufsschutz (erzwungener Wechsel in schlechter bezahlte Jobs) und Ver-



schlechterungen bei Arbeitsrecht und Schutz für Beschäftigte.

Babler brüstet sich mit positiven Maßnahmen im Bereich der Mieten, aber gleichzeitig wird die Möglichkeit, überhöhte Mieten zurück zu fordern, von 30 Jahren auf 5 Jahre verkürzt. Diese und viele andere Maßnahmen wurden von den ÖGB-Spitzen abgesegnet und werden von Babler, dem Ökonomen Marterbauer (AK) und Sozialministerin Schumann (ÖGB) umgesetzt werden.

Dieses Paket wurde von den Gewerkschaftsspitzen mit der Begründung akzeptiert, dass das nötig war, um die FPÖ und Schlimmeres zu verhindern. SPÖ Minister*innen weinen Krokodilstränen, dass viele Kürzungen leider schon nach Brüssel gemeldet wurden und darum nicht zu ändern seien.

Das Problem FPÖ ist höchstens aufgeschoben, denn genau diese Politik

spielt der FPÖ in die Hände. Es ist ein Skandal, wenn die ÖGB-Führung wieder einmal darauf verzichtet, die Interessen der Mitglieder zu vertreten und die Kürzungen abwickelt. Die FPÖ kann sich umso leichter als einzige Opposition aufspielen, wenn die Gewerkschaft die Beschäftigten nicht vertritt und angebliche "Linke" z.B. bei Pensionen kürzen.

Notwendig wäre stattdessen ein konsequenter Kampf gegen jede Verschlechterung, gegen Personalabbau und Betriebsschließung. Mit Betriebsversammlungen, Streiks und Mobilisierungen durch die Gewerkschaften können sowohl das kleinere Übel (z.B. die Verschlechterungen bei der Korridorpension), als auch das "Schlimmere" (z.B. die Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters) verhindert werden. Das stoppt die FPÖ und hilft beim Aufbau einer echten Alternative.

Eine ÖGB-SPÖ-Scheidung ist dringend nötig

Als die SPÖ noch eine Arbeiter*innenpartei mit bürgerlicher Führung war, bestimmte die Stimmung von Arbeiter*innen über die Gewerkschaft den Kurs der SPÖ mit. Heute nutzt die SPÖ ihren Einfluss auf die ÖGB-Führung, um die Gewerkschaften ruhig zu halten. Viele Betriebsrät*innen und Aktivist*innen haben mit der SPÖ nichts mehr am Hut. Wer ehrliche Gewerkschaftspolitik machen will, muss das immer öfter gegen die Politik der SPÖ tun.

Durch das OK der ÖGB-Spitze zu den

Regierungspläne werden auch die Lohnverhandlungen schwerer. Die Beschäftigten haben weniger Vertrauen in die Gewerkschaft, die Unternehmen aber treten aggressiver auf. Auch in den Lohnrunden ist die ÖGB-Führung mit kapitalistischen Sachzwängen konfrontiert. Gefordert werden u.a. Lohnabschlüsse unter der Inflation und Nulllohnrunden. Die Verhandlungen werden härter, aber auch der Druck von unten steigt. Es wird Mobilisierungen geben, teilweise an der Gewerkschaft vorbei, teilweise als

Reaktion auf den steigenden Druck. Eben weil die SPÖ keine Arbeiter*innenpartei ist, muss die Gewerkschaft unabhängig von der SPÖ werden. Mandate auf SPÖ-Listen nutzen den Beschäftigten nichts!

Für die kommenden Kämpfe braucht es nicht nur kämpferische Gewerkschaften, sondern auch eine politische Vertretung. Daher müssen Gewerkschafter*innen sich aktiv am Aufbau einer neuen Arbeiter*innenpartei beteiligen. Einer Partei, die den Kapitalismus nicht verwaltet und seine Spielregeln akzeptiert, sondern damit bricht.

Weltrevolution oder Radweg?

Angesichts einer scheinbaren rechten Übermacht ziehen sich viele Linke aufs "Machbare" zurück.

Am Anfang von politischem Aktivismus stehen Wut, Ärger und der Wunsch, etwas zu verändern. Häufig beginnt es mit Unterschriftenlisten, Online-Petitionen, man geht auf Demos, wird aktiv in einer Gruppe. All das braucht Zeit (und Geld). Die Erfolge sind häufig bescheiden, weil die andere Seite mehr Geld und Macht hat. Manche ziehen sich dann frustriert zurück, andere versuchen, Nischen zu finden.

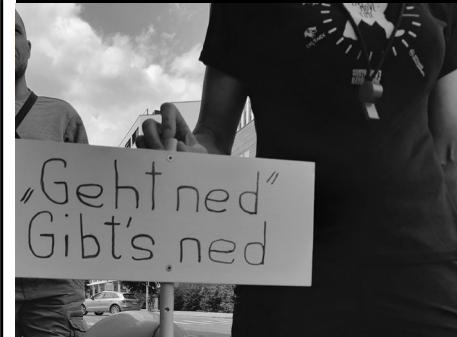
Von Sonja Grusch, SO Wien

Viele Organisationen haben die Analyse, dass die existierenden Probleme ihre Wurzeln im Kapitalismus haben. Aber weil der Endgegner so mächtig ist, konzentrieren sich viele Linke auf kleinteilige politische Arbeit: im Grätzel und um „erreichbares“.

Auch die Wahlkämpfe von z.B. KPÖ und Links setzen auf Hilfe, vom Kauf einer Waschmaschine bis zur Reparatur des Fahrrades. Der Wunsch nach angenehmer Gesellschaft und danach, positive Ergebnisse unmittelbar zu erleben, ist verständlich. Doch über diese

Art von "politischer" Arbeit geht zunehmend der Blick aufs große Ganze verloren. Weil man das Gefühl hat, man könne das System ohnehin nicht verändern, wird das Ziel zurückgeschraubt. Nun geht es darum, sich selbst und die anderen Aktivist*innen zu verändern. Die eigene Organisation soll ein angenehmer und sicherer Raum werden, ist doch die Welt "da draußen" geprägt von Diskriminierung und Übergriffen. Politische Gruppen werden damit immer mehr zu Freundeskreisen von Menschen, die sich ähnlich sind.

Eine Linke, die sich auf die kleinen Schrauben beschränkt, ist ungefährlich. Sie stellt die herrschenden Zu- und Missstände nur sehr oberflächlich in Frage, da sie die Ursachen personalisiert. Die Lösung ist allerdings nicht, überall das Etikett "revolutionär" drauf zu kleben und sich von den täglich stattfindenden Bewegungen und Kämpfen fernzuhalten, weil "echte" Veränderung erst im Sozialismus möglich sein wird. Das Ergebnis ist eine abgehobene Gruppe ohne Verbindung zu jenen Menschen, "für" die sie die Welt verändern will.



Ändern wir die Welt, indem wir bessere Menschen werden (Idealismus) oder indem wir die Rahmenbedingungen verändern, damit alle bessere Menschen werden können (Materialismus): Das ist eine der wichtigsten philosophischen - und damit auch politischen - Fragen: Politische Arbeit muss die täglichen Probleme und Kämpfe aufgreifen und die Verbindung zu den großen notwendigen Veränderungen, zum Sturz des Kapitalismus, herstellen. Und genau das ist es, was die Sozialistische Offensive und das Komitee für eine Arbeiter*inneninternationale tun.

Melde dich,
wenn du Teil werden willst!

44 Jahre kämpferische Arbeit

Die Sozialistische Offensive hat eine lange Tradition von Kämpfen

Die Sozialistische Offensive und ihre Vorläuferorganisationen (SOV, SLP) war und ist seit 1981 Teil vieler politischer Aktivitäten, auch lokal und kleinteilig. Aber für uns war es immer wichtig, das Kleine mit dem Großen zu verbinden.

Von Laura Rafetseder, SO Wien

Den Kampf gegen Rassismus oder Frauenunterdrückung haben wir immer mit dem gemeinsamen Kampf für mehr Ressourcen und bessere Lebensstandards für alle verbunden. 2015 stellten wir in der Refugeebewegung der rassistischen Hetze der FPÖ ein Programm gegenüber, das zeigte, wo genug Wohnraum und Mittel für Bildung, Gesundheit für alle herkommen kann. Nur mit ausreichend Ressourcen kann verhindert werden, dass die einen gegen die anderen ausgespielt werden. Anstatt Rassismus zu ignorieren oder ihn nur

auf moralischer Ebene zu bekämpfen, haben wir die Selbstorganisation der Geflüchteten unterstützt und Druck auf die Gewerkschaften aufgebaut, Teil der Bewegung zu werden.

Statt auf Schüler*innenhilfe und Stellvertreterpolitik haben wir zahlreiche Schulstreiks unterstützt und organisiert, gegen Abschiebungen und Kürzungen im Bildungsbereich. Mit der Schüler*innenaktionsplattform (SAP) organisierten wir Schulstreiks gegen die Sparpakte der großen Koalition in den 90er Jahren und 2000 haben wir den größten politischen Schulstreik der 2. Republik gegen FPÖVP organisiert.

Wir unterstützten und organisierten Kämpfe gegen Kürzungen, Sparpolitik, Betriebsschließungen und Personalabbau - wir akzeptieren das Argument "es gibt keine Alternative" nicht. Denn es gibt eine sozialistische Alternative zum krisengebeutelten Kapitalismus. 2010

forderten wir "Verstaatlichung der Profite statt der Verluste", als die maroden Banken zeitweise verstaatlicht wurden. Nach den Streiks gegen die Pensionsreform 2003 starteten wir die "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" um Betriebsräte*innen und Aktivist*innen zu vernetzen, die dafür einstehen. Die internationale kapitalistische Krise und die kapitalistische Standortlogik kontern wir auch organisatorisch - als Teil des Komitees für eine Arbeiter*inneninternationale das auf der ganzen Welt aktiv ist.

Dem Trend sich nur in losen Netzwerken zu organisieren, halten wir die Notwendigkeit von Arbeiter*innenparteien entgegen. Deren (Wieder)Aufbau unterstützen wir tatkräftig. Doch echte und dauerhafte Veränderung braucht den Bruch mit dem Kapitalismus und dafür braucht es eine revolutionären Kampfpartei - und die bauen wir auf.

Die neue, neue Weltordnung

Vom Handelskrieg zum 3. Weltkrieg?

2015 trat der deutsche Bundespräsident Köhler zurück. Er hatte den Kriegseinsatz in Afghanistan in Zusammenhang mit deutschen Wirtschaftsinteressen gestellt - das war zu ehrlich. Ende März erklärte Trump "Wir brauchen Grönland - Wir haben keine andere Wahl." Es geht um die militärische Kontrolle der Arktis und ihrer Rohstoffe, die Rohstoffe von Grönland und seine strategische Position.

Von Sonja Grusch, SO Wien

Schon 1916 hat Lenin in "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" die enge Verbindung von Wirtschaft und Politik analysiert und dass Kriege eine nötige Folge des Wettbewerbsprinzips des Kapitalismus sind.

Propaganda Kriegsgefahr

Aktuell wird gezielt das Gefühl wachsender Bedrohung erzeugt. "Expert*innen" erläutern, dass Rüstungsausgaben hochgefahren werden "müssen". Der deutsche grüne Spitzenpolitiker Habeck forderte sogar 3,5% des BIP. Um sich die Dimension vorstellen zu können: Das deutsche Budget belief sich 2024 auf 477 Milliarden Euro - Habecks 3,5% des BIPs entsprechen 155 Milliarden.

Der Rüstungsmarkt ist groß und einflussreich. Es geht um Abermilliarden, die von Bildung, Gesundheit und Sozialen zur Aufrüstung verschoben werden. 2024 stiegen die weltweiten Militärausgaben real um 7,4% gegenüber 2023. Auch die EU formuliert eine neue Aufrüstungsstrategie und dafür soll die Schuldenregel aufgeweicht werden. Während bei Sozialausgaben so getan wird, als ob es ein Naturgesetz gäbe, das Kürzungen erzwingt, werden für Aufrüstung alle Geldhähne aufgedreht. Die dadurch entstehenden Schulden "müssen" dann aber wieder woanders (Soziales?!) reingebrochen werden. Es ist eine enorme Umverteilung, die hier stattfindet. Kein Wunder, wenn die Aktien der Rüstungsfirmen zu den aktuell Lukrativsten gehören... Dazu kommt eine Militarisierung der ganzen Gesell-

schaft. Selbst die Modeindustrie setzt vermehrt auf Camouflage-Muster. (Wieder)-Einführung oder Verlängerung des Wehrdienstes steht in vielen Staaten auf der Tagesordnung. Dass russische Deserteure im Westen de facto kein Asyl bekommen zeigt, dass die Erhaltung des Durchgriffsrechts der Staaten über ihre Bevölkerung weit wichtiger ist, als das Ende des Ukrainekrieges.

Die neue, neue Weltordnung

Krieg ist nichts anderes, als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Die Frage ist nicht, ob Trump, Putin & Co verrückt oder Testosteron getriebene Machos sind. Es geht vielmehr darum, was die ökonomischen Grundlagen der aktuellen Situation sind.

Der Hintergrund der Aufrüstung, die lange vor dem Ukrainekrieg begonnen hat, ist die anhaltend schlechte wirtschaftliche Lage. Trump ist der radikalste Vertreter des Endes einer Periode von Freihandel. Seit längerem setzen zumindest Teile des Kapitals auf zunehmenden Protektionismus. Eben weil der wirtschaftliche Kuchen stagniert oder kleiner wird - die Weltwirtschaft also spätestens seit 2007 von Krise zu Krise schlingert - ist jede Regierung angehalten, die Interessen "ihres" Kapitals noch entschiedener zu vertreten. Dazu gehört der Schutz der eigenen Märkte und Handelswege z.B. mit Zöllen, die Suche nach Nischen und Vorteilen gegenüber anderen Firmen und das Erobern neuer, günstigerer Rohstoffquellen und neuer Absatzmärkte. Wo diese Eroberung nicht friedlich oder mit Druck bis hin zur Erpressung geht, liebäugeln Regierungen zunehmend mit der „Notwendigkeit“ von Militäreinsätzen. Es ist kein Zufall, dass der wirtschaftlich für Österreich so wichtige Balkan auch militärisches Zielgebiet Nr. 1 ist.

Aufschwung durch Aufrüstung?

Manche versuchen die Aufrüstung auch als großes Investitionspaket zu verkaufen, das helfen könnte, die wirtschaftliche Flaute zu überwinden. Aber Kriegsgeräte sind keine normalen Kon-

sumgüter, sie werden nur im Kriegsfall in großem Umfang verbraucht. Ihr Einsatz schafft keine Werte, sondern zerstört nur. Die geschaffenen Jobs sind überschaubar. Aktuell arbeiten in Österreich etwa 2.000 Menschen in diesem Bereich. Wenn diese Branchen z.B. auf erneuerbare Energieproduktion umgerüstet würden, könnten die Jobs erhalten, aber gleichzeitig Sinnvolles produziert werden. Der Hauptdenk-

Mythos Neutralität

Am 26.10.1955 fiel der Beschluss zur "Immerwährenden Neutralität Österreichs". Doch zu diesem Zeitpunkt war Österreich im Rahmen des Kalten Krieges bereits Teil der "westlichen" Welt - wirtschaftlich, politisch und militärisch. Zu keinem Zeitpunkt war man wirklich "neutral". In Österreich produzierte Waffen (Steyr, Glock etc.) wurden an Diktaturen geliefert und kamen in zahlreichen Kriegen zum Einsatz. Gerade die FPÖ ist jahrzehntelang offensiv für Aufrüstung und NATO-Beitritt eingetreten. Ihr aktuelles Pochen auf "Neutralität" kommt einerseits aus ihrer Nähe zu Russland und spiegelt andererseits ihr populistisches Element wider. Denn $\frac{2}{3}$ bis $\frac{3}{4}$ sind in Umfragen für die Beibehaltung der Neutralität. Damit ist die Hoffnung verbunden, sich so aus Kriegen heraushalten zu können.

Der Wunsch ist mehr als verständlich. Doch mit "Friedensverhandlungen" durch EU, UNO & Co. oder „Neutralität“ ist ein Ende der Kriege nicht zu erreichen. Denn keine dieser Strukturen ist neutral, sondern vertritt eindeutige - und einseitige - Interessen. Neutralität oder Friedenspolitik ist nicht unabhängig von den Interessen jener, die sie jeweils betreiben und stehen ganz offenbar nicht im Widerspruch dazu, mit Krieg und Diktaturen Profite zu machen. Das gilt für die nationale Interessen aber ganz besonders für Klasseninteressen. Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und die Politik selbst ist eben auch nicht neutral.

fehler liegt allerdings darin, dass damit die generelle Perspektive auf die Wirtschaft verändert werden könnte. Seit Jahrzehnten sind die wirtschaftlichen Perspektiven schwach und das führt zu einer niedrigen Investitionsquote. Firmen investieren wenig, weil sie nicht sehen, wer die Produkte kaufen könnte. Daran haben auch die super-niedrigen Zinsen nach der Krise von 2007 nichts geändert, die Investitionen blieben am Boden. Aufrüstung ändert daran nichts, sondern verschiebt nur die Investition von einem Bereich in einen anderen, gewinnversprechenderen. Vielmehr geht es darum, dass v.a. die europäische Kriegsindustrie hofft, mit massiven staatlichen Geldspritzen neue (Kriegs-) Technologien zu entwickeln und so die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Feld wieder zu erhöhen.

Kapitalismus bedeutet Krieg

Die aktuelle Propaganda folgt dem „Gleichgewicht des Schreckens“ - also bei der Aufrüstung nachzuziehen. Das verhindert aber keine Kriege. Die Waffen werden gegen schwächere Staaten eingesetzt und - wenn aus Sicht der Herrschenden nötig - gegen die eigene Bevölkerung. Hoffnungen auf die EU als Friedensinstrument sind ebenso vergeblich wie Appelle an eine „starke UNO“. EU und UNO sind der verlängerte Arm imperialistischer Interessen - zahlreiche Staaten der neokolonialen Welt können davon ein blutiges Lied singen. Liebknecht hatte es 1915 auf den Punkt gebracht: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“.

Proteste gegen die Aufrüstung fehlen aktuell weitgehend. In den 1980er Jahren, aber z.B. auch nach dem Angriff der USA auf den Irak etc. gab es große Proteste. Heutige Kriegstreiber*innen u.a. von den Grünen und Aufrüster*innen aus der SPÖ waren damals zentral aktiv in den Protesten. Ihre Entwicklung spiegelt die damaligen Schwächen wider. Die Friedensbewegung war ein



Zusammenkommen verschiedener politischer Zugänge rund um den kleinsten gemeinsamen Nenner. Der beschränkte sich auf das Ziel: Kein Krieg, keine Aufrüstung. Was aber fehlte, war eine tiefere Erklärung der Ursachen von Kriegen und der Verantwortung bürgerlicher Staaten, aber auch internationaler Institutionen wie der UNO für diese Kriege. Und es fehlte eine sozialistische Alternative. Schon damals pochten viele Linken in Österreich auf die „Neutralität“, anstatt aufzuzeigen, dass der Kapitalismus v.a. in Krisenzeiten den Wettkampf auch militärisch vorantreiben muss. Man hoffte, durch die Größe der Bewegung die politisch Verantwortlichen von ihrem Kurs abzubringen und verzichtete auf ein Programm, das die Bedeutung der Arbeiter*innenbewegung in einer solchen Bewegung nach vorne stellte. So war die Bewegung zwar groß, blieb aber letztlich an der Oberfläche und konnte bestenfalls vorübergehende Erfolge erzielen.

Unsere Sicherheit ist bedroht

Die heutige Schwäche der Linken und das bisherige Fehlen von linken Protesten gegen die Aufrüstung ist Ausdruck der inhaltlichen Schwäche und ermöglicht es rechten verschwörungs-mystischen Gruppen, die Stimmung gegen den Krieg für sich zu nutzen.

Ein 3. Weltkrieg oder auch eine Invasi-

on Russlands in Europa sind aktuell keine realistischen Perspektiven. Dennoch ist die Gefahr bewaffneter Konflikte, regional bzw. auch z.B. als Stellvertreterkriege für die großen imperialistischen Mächte in Asien oder Afrika, gestiegen.

Die wirkliche Bedrohung unserer Sicherheit aber sind die Mängel im Gesundheitssystem, die uns monatelang auf wichtige Untersuchungen oder Behandlungen warten lassen. Und die hohen Mieten und niedrigen Löhne, die dazu führen, dass Frauen bei gewalttätigen Partnern bleiben. Aufrüstung, Kriegsgefahr und Krisenhaftigkeit des Kapitalismus sind die unheilige Dreifaltigkeit. Das eine kann nicht ohne das andere bekämpft werden. Die aktuelle Aufrüstungsunterstützung erinnert an die Kriegshysterie 1914 - und diese ist rasch verflogen. Wir werden Proteste gegen die Kürzungen sehen, gegen den Abbau demokratischer Rechte, auch gegen die Aufrüstung. Es wird nötig sein, das zu verbinden und ein Kampfprogramm zu entwickeln. Die erfolgreichste Anti-Kriegsbewegung war die Oktoberrevolution 1917, die für die russische Arbeiter*innenklasse den 1. Weltkrieg beendet hat. Die Bedeutung der Arbeiter*innenbewegung und der Gewerkschaft im Kampf gegen Aufrüstung und Krieg und gegen das System, das beides braucht, kann gar nicht überschätzt werden!

Milliarden für Rüstung

Die Regierung plant „Informationskampagnen“ u.a. an Schulen und in Medien. Die Stimmung für Aufrüstung muss wegen der extrem hohen geplanten Ausgaben gesichert werden. Die Argumentation: Angesichts der Weltlage und der „feindlichen Einflüsse“ müsse die „Wehrhaftigkeit“

verbessert werden. Die massiven Aufrüstungspläne von schwarz-grün werden von der neuen Regierung weitergeführt: bis 2032 sollen 17 Milliarden zusätzlich (!) für Aufrüstung verwendet werden.

Zum Vergleich: Das Budget sah 2024 für das Bundesheer vier Milliarden vor, Tendenz steigend. Die 17 Milliarden bedeuten eine Erhöhung dieses Bud-

gets von de facto rund 50% pro Jahr – was könnte im Bildungs- und Sozialbereich mit + 50% an echter (sozialer) Sicherheit geschaffen werden! Die 17 Milliarden sind mehr als das Einsparungsziel von 2025 und 2026 zusammen! Bis 2032 soll auch das Nato-Ziel von 2% des BIPs für Wehrausgaben erreicht werden (mehr als eine Verdopplung in sieben Jahren!).

Warum Trump, FPÖ & Co nicht faschistisch, aber dennoch gefährlich sind

Was ist Faschismus - und was nicht

Im Zuge der Wahlerfolge rechtsextremer Parteien in Europa, sowie den Präsidentschaftswahlen in den USA, taucht der Begriff "Faschismus" wieder recht häufig in der öffentlichen Debatte auf.

Von Anna Hiermann, SO Wien

Auch in Österreich fanden im Zuge der Regierungsverhandlungen mit der FPÖ teils große Demonstrationen statt. Für viele ging es darum, ein erneutes faschistisches Regime zu verhindern. Stehen die USA, Deutschland, Österreich und andere Länder jedoch tatsächlich vor einer faschistischen Machtübernahme? Trump, Meloni, Bolsonaro, Putin, Weidl, Orban, Kickl & Co: sie alle stehen für aggressiven Rassismus, Sexismus und Nationalismus, sowie die Unterdrückung von LGBTQI+ Personen. All das sind ohne Zweifel auch Merkmale von faschistischen Regimen - diese Kennzeichen allein reichen jedoch nicht aus, um eine Partei, eine Regierung oder einen Staat als faschistisch zu bezeichnen.

Marxistische Analyse von Faschismus

Die meisten Definitionen von Faschismus konzentrieren sich auf die Elemente des Terrors und der Unterdrückung, viele analysieren psychologische Elemente. Doch Faschismus ist eine besondere Erscheinungsform des Kapitalismus. Das zentrale Ziel ist die gewaltsame Zerschlagung der Arbeiter*innenbewe-

gung, inklusive aller ihrer Parteien und Organisationen. Zu den ersten Maßnahmen gehörte das Verbot von Gewerkschaften, Streiks, kommunistischer und sozialdemokratischer Parteien. Ihre Mitglieder wurden systematisch verfolgt, inhaftiert und sogar ermordert. Das konkrete Ausmaß des Terrors war von Land zu Land unterschiedlich, der deutsche Faschismus war mit Abstand der Tödlichste, aber die Richtung war überall gleich. Aus Sicht der kapitalistischen Eliten war in den 1930er Jahren in Ländern wie Deutschland, Italien, Spanien, Österreich oder auch Rumänien, Bulgarien etc. die Zerschlagung der Arbeiter*innenbewegung notwendig. So sollten Arbeitskämpfe sowie Streiks mit Gewalt unterbunden werden. Durch die Zerschlagung der Arbeiter*innenbewegung machten die Nazis den Weg frei für eine massive Umverteilung hin zu Reichen und Unternehmen. Der Nationalismus fand seinen Ausdruck auch in einer umfassenden Aufrüstung. All das fand auf Kosten der "kleinen Leute" statt und stand klar im Widerspruch zur Sozialrhetorik des Faschismus.

Faschismus steht nicht vor der Tür

Aber für das Kapital ist der Faschismus eine teure und gefährliche, wenn auch manchmal nötige, Option. Geht es ohne, ist es besser. An faschistischen Staaten hat das Kapital aktuell weder Interesse noch Bedarf. Die zentrale Frage ist nicht, ob Personen wie Trump oder



Kickl Faschisten sind, sondern ob ihre Parteien, und Regierungen an denen sie beteiligt sind, faschistisch sind. Die „Identitären“, aber auch Teile der FPÖ und AFD mögen im ideologischen Sinn faschistisch sein. Doch den Parteien im Gesamten fehlt eine Massenbasis für die Errichtung eines faschistischen Regimes. Die wirtschaftliche Basis des Faschismus ist der Kapitalismus. Seine Massenbasis in der Gesellschaft war das Kleinbürgertum, das in der Wirtschaftskrise gedroht hat abzurutschen. Die vielen Wähler*innen von FPÖ&Co. stellen aber keine Massenbasis dar, die in Aufmärschen und Schlägertrupps eine faschistische Agenda mit Gewalt durchsetzt.

Trotzdem darf die Gefährlichkeit der extremen Rechten nicht unterschätzt werden. Die Parteien verschärfen die Gesetze, faschistische Gruppen gehen selbstbewusster und brutaler gegen queere Personen und Migrant*innen vor. Der aktuelle „Kulturmampf“ dient auch zur Ablenkung von den harten Angriffen auf den Lebensstandard der Arbeiter*innen. In einem faschistischen Regime wäre unser Widerstand nur im Untergrund möglich. Wir aber können demonstrieren und streiken. Je mehr, umso besser. Eine wichtige Lehre der 1930er ist aber auch: sich auf ein kleinstes gemeinsames Übel zu einigen, funktioniert nicht. Viel effektiver ist es, den Kampf gegen den Faschismus mit dem Kampf gegen seine Wurzel, den Kapitalismus, zu verbinden!



Trotzki und der Kampf gegen den Faschismus

In der Broschüre betrachtet Sascha Stanicic', Bundessprecher der SOL (CWI in Deutschland), genauer das Wesen des Faschismus. Analysiert wird u.a. was Faschismus von anderen diktatorischen und reaktionären Regimen abgrenzt. Außerdem wird behandelt, welche sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen den Aufstieg des Faschismus in den 1930er Jahren begünstigt haben und welche Rolle die verschiedenen Klassen dabei spielten.

Gegen Ende wird erläutert, welche Bedeutung Trotzkis Ideen auch heute haben. Die zentrale Auseinandersetzung zwischen den Taktiken der „Einheitsfront“ bzw. der „Volksfront“ ist zwar nicht 1:1 auf heute umlegbar, doch die Kernfragen sind die selben. Die Broschüre ist Teil einer Broschürenserie, die die SO herausgibt. Die Broschüre kann, wie auch die anderen Titel, bei der Redaktion bezogen werden. Für eine Broschüre bitte 4.- (inkl. Porto) einzahlen oder die ganze Serie mit einem Förder-Dauerauftrag (ab 5.-/Monat auf unser Konto sichern).

Unser Konto:

IBAN: AT53 2011 1850 2391 0700



Deutschland nach den Wahlen

Polarisierung sucht Angebot

Das Ergebnis der deutschen Bundestagswahl im Februar war ein Schlag ins Gesicht der etablierten prokapitalistischen Parteien: historisch schlechte Ergebnisse für SPD und CDU/CSU. Die liberale FDP flog sogar aus dem Parlament und die früher als Große Koalition bezeichnete Allianz aus Sozialdemokrat*innen und Konservativen hat diesen Namen nicht mehr verdient, so knapp ist ihre parlamentarische Mehrheit. Gestärkt hervor gegangen sind nur die Parteien, die nicht dem Establishment zugerechnet werden: AfD, Die Linke und Sarah Wagenknechts BSW, wobei letzteres den Einzug in den Bundestag knapp verpasst hat.

Von Sascha Staničić, CWI-Deutschland

Das ist eine Bestätigung der These der Sozialistischen Organisation Solidarität (Sol – deutsche Schwesterorganisation der Sozialistischen Offensive), dass es keinen einseitigen gesellschaftlichen Rechtsruck gibt, sondern vielmehr eine Polarisierung, die lange keinen Ausdruck nach links fand. Das war bei diesen Wahlen anders.

Comeback der Linken

Die Linkspartei hat mit 8,8 % ein überraschend gutes Ergebnis erzielt, nachdem sie bis zum Jahresanfang 2025 in vielen Umfragen noch unter fünf Prozent lag. Sie konnte in den letzten

anderthalb Jahren ihre Mitgliedschaft aber vor allem auf 110.000 mehr als verdoppeln. Dabei war der drohende Rauswurf aus dem Bundestag ein mobilisierender Faktor

und viele Menschen wollten verhindern, dass dieses Land ohne eine linke Partei im Parlament noch unsozialer, rassistischer und militaristischer wird. Mobilisierend wirkte dann auch die Kooperation von CDU/CSU im Bundestag mit der AfD bei der Abstimmung zur Beschränkung der Einwanderung, die Massenproteste auslöste. Die Linke war in dieser Situation die einzige wahrnehmbare oppositionelle Kraft, sie hat aber auch eine Wahlkampagne organisiert, die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholte. Vor allem präsentierte sie sich unzweideutig als Oppositionskraft und biederte sich SPD und Grünen nicht an. Ein klarer Schwerpunkt auf die Themen Mieten und Preissteigerungen und hunderttausende Hausbesuche mobilisierten Wähler*innen und Mitglieder.

AfD und Agenda 2030

Dabei ist der Aufstieg der AfD in den letzten Jahren nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass nicht nur die Sozialdemokratie alles Sozialdemokratische abgelegt hat, sondern dass auch Die Linke in Landesregierungen mit SPD und Grünen bei Kürzungen und pro-kapitalistischer Politik mitgemacht hat und von Vielen als Teil des politischen Establishments betrachtet wurde. Migrationsfeindliche Kampagnen von bürgerlichen Politiker*innen und Medien lieferten den Rechtspopulist*innen dann entsprechende Steilvorlagen.

CDU/CSU und SPD stecken schon in der Krise bevor sie ihre Regierung überhaupt gebildet haben und verlieren in den Meinungsumfragen seit der Wahl stetig an Unterstützung, während AfD und Die Linke weiter zulegen. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sie in einem undemokratischen Manöver den alten Bundestag über eine Grundge-

setzänderung abstimmen ließen, um die Schuldenbremse für grenzenlose Ausrüstung auszusetzen, wofür sie im neuen Bundestag keine nötige Zweidrittel-Mehrheit gehabt hätten. Für Friedrich Merz bedeutete das zudem einen Bruch all seiner Aussagen im Wahlkampf. Das Wahlversprechen, das er nicht brechen wird, ist die Durchsetzung von kapitalfreundlicher Politik gegen die Rechte und den Lebensstandard der Arbeiter*innenklasse. Im Wahlkampf forderte er eine Agenda 2030.

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sieht zwar keinen sozialen Kahlschlag vor, aber eine unternehmensfreundliche Steuerreform, Flexibilisierung der Arbeitszeiten und weitere Maßnahmen im Interesse der Kapitalist*innen. Angesichts von Rezession und der weltweiten Krise des kapitalistischen Systems ist aber damit zu rechnen, dass diese Regierung den Militarismus weiter verschärfen und noch weitaus härtere Angriffe auf die Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten durchführen wird, wie dies auch täglich von Kapitalverbänden gefordert wird.

Widerstand!

In dieser Situation sind die Gewerkschaften und die Linkspartei gefordert, eine klare Opposition zu formulieren und Gegenwehr vorzubereiten. Gemeinsamer Kampf von Lohnabhängigen unabhängig von Nationalität und Hautfarbe gegen Militarisierung und den Abbau von Sozialleistungen und Arbeitnehmer*innenrechten sind das Gebot der Stunde. Die Sol setzt sich dafür ein und kämpft in der Linken für ein sozialistisches Programm.

Mehr unter www.solidaritaet.info

Mehr über die Arbeit des CWI



USA: Trump und der Neo-Protektionismus

Trump ist nicht verrückt, sondern Ausdruck der Krise des Kapitalismus

Trump hält die Welt in Atem. Er mag verrückt wirken, aber seine Maßnahmen spiegeln die Interessen eines Teils des US-Kapitals (v.a. Tech und Big Oil) wieder. Der Trumpismus ist Ausdruck des Niedergangs des US-Imperialismus gegenüber China und der sich zusätzlichen Krise der Weltwirtschaft.

Von David Kurz, SO

Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus war die USA fast konkurrenzlos. Doch China konnte mit seinem starken staatlichen Sektor technologisch aufholen. Weil die Weltwirtschaft seit Jahrzehnten nicht mehr wirklich aus der Krise herauskommt, wachsen die Spannungen zwischen den Nationalstaaten. Das drückt sich in zunehmend protektionistischer Politik der einzelnen Staaten, aber auch der globalen Ausrüstung und zunehmender (wenn auch instabiler) Blockbildung aus. Trump hat die protektionistische Politik nicht zurückgebracht, er hat die Entwicklung beschleunigt. Politisch passend setzt er auf Nationalismus und Rechtspopulismus. Das Entsetzen jener Teile des US-Kapitals, die gegen Trump sind (Demokraten, Green Business, liberales Establishment), ist aber darauf zurückzuführen, dass sie um ihre Profite und die Stabilität ihres Systems fürchten.

Internationaler Sozialismus statt Freihandel und Protektionismus

Während auch der Freihandel auf Kosten der Arbeiter*innen ging - durch Verlagerung von Standorten und Drücken von Löhnen - wird auch der Protektionismus keine Jobs zurückbringen. Verschiedene Wirtschaftsstrategien ändern nichts an den zugrunde liegenden Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaft, die zwangsläufig zu Krisen führen. Trumps "Befreiungstag" hat die Weltwirtschaft an den Rande einer globalen Rezession geführt. Die US-Arbeiter*innen, die Trump aufgrund seiner Versprechen, den Lebensstandard zu heben und Jobs zurückzubringen, unterstützt haben, werden den Preis für Inflation und die Auswirkungen von Trumps Zollpolitik bitter bezahlen. Das wird Trumps Wähler*innenbasis untergraben. Er wird also mit einigem Gegen-

wind konfrontiert sein - aus seiner eigenen Partei, von Teilen des Kapitals - und der Arbeiter*innenklasse selbst. Dass er bei den Zöllen zurückrudern musste ist ein erstes Anzeichen. Dass am 5. April Millionen Menschen in rund 1.200 Kundgebungen und Demonstrationen gegen Musk und Trump protestierten, ist ein wichtiger Schritt vorwärts.

Gewerkschaften und die so bitter nötige Neue Arbeiter*innenpartei

Vertreter*innen der Demokratischen Partei, auch "linke" wie Sanders oder AOC, haben diese Proteste missbraucht, um als "Lösung" die Demokraten vorzuschlagen. Also jene Partei, deren Politik Trump erst stark gemacht hat und die Trumps Politik in vielen Punkten weitergeführt hat. Es war ja genau die Ablehnung dieser etablierten Politik, die Trump nutzen konnte, um sich - fälschlicherweise - als "Alternative" zum "System" zu präsentieren. Eine echte Alternative muss gänzlich anders aussehen und gänzlich andere Politik machen. Positiv ist, dass sich an den Protesten auch Gewerkschaften beteiligt haben da ihnen bei den kommenden Protesten eine zentrale Rolle zukommt

In den letzten acht Jahren ist die Zustimmung zu Gewerkschaften immer deutlich über jener der Parteien gelegen. Wir haben eine Zunahmen von Streiks im Zuge der Inflation erlebt. Gleichzeitig verfolgt die Gewerkschaftsführung nach wie vor die Strategie, eine etablierte Partei zu unterstützen. Bei 4 der letzten 5 Wahlen haben Gewerkschaften über 200 Millionen Dollar gespendet. 85% der Gelder haben die Demokraten erhalten. Allerdings hat diese Unterstützung weder zu einer Stärkung der Gewerkschaften noch zu besseren Lebensstandards beigetragen. Die Demokraten und Biden sind offen gegen Streiks aufgetreten - z.B. gegen den Bahnstreik. Auch Trump wird die Lebensbedingungen der US-Arbeiter*innen nicht verbessern, sondern verschlechtern.

Make Socialism Great Again

In den US-Gewerkschaften tut sich einiges. Eine neue Schicht von Aktivist*innen hat in den letzten Jahren eine Reihe



von neuen Strukturen und Betriebsräten aufgebaut und wichtige Kämpfe geführt - und auch einige gewonnen. Jetzt ist es wichtig, die ökonomischen Kämpfe von z.B. Teuerung und Jobs mit politischen Fragen wie gegen Diskriminierung zu verbinden. Die gewachsene Unterstützung darf die Gewerkschaftsführung nicht für Unterstützung für die Demokraten missbrauchen. Umfragen haben ergeben, dass rund 60% der Wähler*innen längst für eine dritte Option am Stimmzettel sind. Mehr als 100 Millionen konnten aber v.a. wollten bei den letzten Wahlen nicht wählen gehen. Da ist es nicht schwer auszurechnen, dass eine echte neue Arbeiterpartei dringend notwendig ist. Die USA ist nicht nur das Mutterland des Kapitalismus und von Musk, Zuckerberg, Bezos & Co. Die USA hat auch eine lange und kämpferische Tradition von gewerkschaftlichen und auch sozialistischen Aktivist*innen. Die Wut gegen Trump und Musk muss verbunden werden mit der Welle von gewerkschaftlichen Organisierungen und den großen Bewegungen wie Black Lives Matter. Das kann nicht nur die Basis für eine solche neue Arbeiter*innenpartei sein, sondern auch für eine sozialistische USA. Schluss mit der kapitalistischen Misere. Make Socialism Great Again hätte auch international eine enorme Ausstrahlungskraft.

Mehr unter

[www.independentsocialistgroup.org](http://independentsocialistgroup.org)

Werde aktiv bei der SOZIALISTISCHEN OFFENSIVE

Wofür wir stehen:

- Wir zahlen nicht für die kapitalistischen Krisen. Gegen jede Form von Kürzung, Personalabbau und Privatisierung!
- Den Reichtum denen, die ihn schaffen: Für einen Mindestlohn von 2000.- netto, die automatische Anpassung von Löhnen, Gehältern, Pensionen und Sozialleistungen an die Inflation und Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn und ausreichend mehr Personal.
- Statt Subventionen für Banken und Konzerne oder Aufrüstung brauchen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Sozialem, Umwelt und Verkehr – finanziert durch die Profite!
- Nein zu jeder Form der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung. Gemeinsamer Kampf für volle Rechte für alle, die hier leben und für ausreichend Ressourcen für ein unabhängiges, selbstbestimmtes Leben.
- Entschlossener Widerstand gegen rechte Politik, egal ob im Parlament durch FPÖ/ÖVP oder auf der Straße durch faschistische Gruppen.
- Schluss mit Sozialpartnerschaft und faulen Deals: Bauen wir in den Gewerkschaften von unten Druck auf, um sie zu echten Kampforganisationen zu machen.
- Kein Vertrauen in SPÖ oder Grüne: sie sind Verantwortlich für Sozialabbau und Diskriminierung.
- Für den Aufbau einer neuen Partei für Arbeiter*innen und Jugendliche mit sozialistischem Programm.
- Das kapitalistische System funktioniert nicht, es schafft nur Krisen, Umweltzerstörung und Krieg. Deshalb gilt es, den Kampf für dauerhafte und

grundlegende Verbesserungen mit einem Bruch mit dem Kapitalismus zu verbinden. Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig.

- Für eine demokratische sozialistische Gesellschaft. Sozialismus hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen in Sowjetunion oder Ostblock zu tun, aber auch nichts mit der Politik der SPÖ. Sozialismus bedeutet, dass die Betriebe in Gemeinbesitz sind und die Wirtschaft demokratisch durch die Arbeiter*innen, die den Reichtum schaffen, geplant und verwaltet wird. Dann stehen nicht mehr Profite, sondern die Bedürfnisse der Mehrheit im Zentrum. Armut, Kriege und die Zerstörung des Planeten sind dann Geschichte. Den Kampf der Arbeiter*innenklasse für eine solche Gesellschaft in Österreich und international zu unterstützen ist Ziel unserer politischen Arbeit.

Komm zu unseren Treffen & Veranstaltungen:

Dir gefällt unser Programm? Du willst dich nicht mehr ärgern, sondern endlich selbst etwas tun? Dann komm zu einem Treffen der Sozialistischen Offensive.

jede Woche unser Gruppentreffen du kannst persönlich kommen - Details hier: www.sozialistischeoffensive.net/Termine oder du kannst online teilnehmen - dann schreib uns, damit wir dir den Link zusenden können.

Kundgebungen, Aktionen und zusätzliche Veranstaltungen findest du auf unserer Homepage und unseren Social Media Kanälen.

Broschürenserie der SO: “Leo Trotzki - Revolutionäre Ideen fürs 21. Jahrhundert”



Bereits 3 Teile der Serie erschienen: Zu revolutionärer Partei und neuer Arbeiter*innenpartei, Faschismus und Gewerkschaften.

Jetzt die ganze Serie reservieren mit einem Förder-Dauerauftrag (ab 5.-/Monat auf unser Konto

IBAN: AT53 2011 1850 2391 0700)



CWI - unsere Internationale

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiter*innen-internationale“ (KAI, engl. CWI – „Committee for a Workers' International“ und steht in den besten Traditionen der SLP. Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter*innen ein und organisiert Widerstand und Solidarität über Grenzen hinweg. Unser Ziel ist weltweit der Sturz des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau eines Zusammenschlusses von sozialistischen Demokratien.

www.socialistworld.net

Unterstütze unsere Arbeit

Wir sind politisch und finanziell unabhängig. Uns kann niemand mit Insolvenz oder Subventionen das Maul stopfen: wir schreiben, was nötig ist. Aber unser Arbeit kostet Geld. Wenn du den Kampf gegen Kapitalismus und rechte Politik auch finanziell unterstützen willst, dann spende uns. Einmal oder auch monatlich. Ein Dauerauftrag von 5,-, 10.- oder 20.- pro Monat finanziert z.B. wichtige Flugblätter und du bekommst regelmäßig unsere Publikationen.

IBAN: AT53 2011 1850 2391 0700

Kontakt

Instagram: @sozialistischeoffensive

Facebook: Sozialistische Offensive

Mail: redaktion@sozialistische-offensive.net

Website: sozialistischeoffensive.net



ÖGB aufwachen: Kämpfen gegen Kürzungen und Personalabbau!

- ✓ **Statt Kürzung: Das Geld bei den Superreichen holen!**
- ✓ **Kampf um jeden Arbeitsplatz**
- ✓ **Löhne, Pensionen und Soziales müssen zumindest automatisch mit der Inflation steigen**
- ✓ **Milliarden für Gesundheit und Bildung**



Komm Vorbei!

Wir treffen uns wöchentlich -
auch online-Teilnahme möglich.

DISKUTIEREN, ORGANISIEREN, KÄMPFEN!